

Solidarität aller Demokraten Voraussetzung für Sicherheit im Rechtsstaat

Die heutigen Probleme der inneren Sicherheit sind mit polizeilichen Maßnahmen allein nicht zu bewältigen. Es kommt vielmehr in erster Linie darauf an, das Klima zu verändern, in dem politischer Terror gedeihen konnte. Das haben die Sprecher der Union in der Debatte im Bundestag deutlich gemacht. Dabei müssen vier Punkte zur Bekämpfung des Terrors im Vordergrund stehen:

■ Die Auseinandersetzung mit dem politischen Terrorismus muß von allen Demokraten offensiv geführt werden. Solidarität der Demokraten bedeutet, daß alle demokratischen Parteien den Auftrag des Grundgesetzes nach einer streitbaren Demokratie ernst nehmen. Deshalb dürfen Verfassungsfeinde nicht in den öffentlichen Dienst. Solidarität der Demokraten bedeutet, daß sich die politischen Gegner in der demokratischen Grundhaltung nicht gegenseitig in Frage stellen. Solidarität der Demokraten darf aber nicht heißen, daß die Regierung der Kritik durch die Opposition entzogen wird.

■ Die CDU will einen liberalen und starken Staat. Dies sind keine Gegensätze. Ein liberaler Staat muß in der Lage sein, sich gegen die Feinde der Freiheit zu verteidigen. Deshalb muß dieser Staat den Mißbrauch seiner freiheitlichen Rechte unterbinden. Die CDU fordert daher, den Verkehr von Anwälten mit Terroristen auf richterliche Anordnung in bestimmten Fällen zu überwachen.

■ Zur inneren Sicherheit gehören auch die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, -sicherheit und -gleichheit. Die Bürger dürfen nicht immer wieder erfahren, daß sie bei Verkehrsdelikten sofort zur Rechenschaft gezogen werden, Vergehen mit politischem Hintergrund hingegen oft ungeahndet bleiben. Deshalb muß der Mißbrauch der Demonstrationen unterbunden werden.

■ Die Öffentlichkeit muß vollständig über das Ausmaß der Gefahr, über Strategien und Methoden des Kampfes aller Verfassungsfeinde gegen den Rechtsstaat informiert werden. Eine ungeschminkte Öffentlichkeitsarbeit ist deshalb nötig, weil die Arbeit der Polizei ohne Mithilfe der Bevölkerung nur geringen Erfolg hätte.

Helmut Kohl:

Staat und Gesellschaft vor ihren Feinden schützen

Wir lassen uns auf das Spiel, statt Politik und Argumente Diffamierungen vorzutragen, nicht ein. Herr Kollege Brandt, es ist kein Beitrag zum inneren Frieden dieses Landes, wenn Sie Warnungen pauschal als Angstpropaganda verdächtigen, und wenn Sie von einer kalkulierten, künstlich erzeugten und wirklichkeitsblinden Hysterie sprechen. Was soll es, wenn Sie landauf, landab versuchen, uns in moralischer und intellektueller Hinsicht herabzusetzen; wenn Herr Kühn jetzt durch die Lande zieht und vor einem Regierungswechsel warnt, weil ein Regierungswechsel den sozialen Frieden gefährde, die Bundesrepublik unregierbar mache, und wenn Mitglieder des SPD-Präsidiums die CDU als Sammelbecken von Altnazis, Poujadisten, Reaktionären, Demagogen und Krisenmachern beschimpfen? Wer gibt Ihnen und Ihren Freunden eigentlich das Recht, in einer solchen Form, in einer solchen Art von anderen deutschen Demokraten zu reden?

Jeder muß sich doch klar sein, daß sich eine solche Entwicklung der totalen Polarisierung im Ergebnis gegen uns alle richten wird, daß die freiheitlich-parlamentarische Ordnung darunter leidet. Zu diesem System der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehört der Wechsel von Regierung und Opposition. Das ist das Normale in einem freien Land. Da darf man nicht mit sozialen Unruhen drohen. Das muß man ertragen, wie wir es auch ertragen haben. Wer einen Regierungswechsel mit sozialer Unruhe gleichsetzt, ist nahe daran, den demokratischen Wechsel als Vollzug des Wählerwillens selbst als unerlaubt zu bezeichnen.

Herr Kollege Brandt, Sie sprachen aus gutem Grund von den Fragen vieler unserer jungen Mitbürger an uns, von der Frage nach unserem Staat. Sie haben auf den Studentenprotest der sechziger Jahre Bezug genommen. Auch wir haben immer gesagt, daß demokratische Parteien die Pflicht haben, sich auch um junge Leute zu kümmern, die in ihren Studenten- oder Jugendjahren glaubten, den Weg in den Radikalismus gehen zu müssen, um aus gähnender Langeweile herauszukommen. Zu dieser Pflicht gehört, daß die demokratische Loyalität der Parteien, der Demokraten, der Gruppen und Verbände in diesem Lande außer Zweifel und die Grundprinzipien dieses Staates klar, deutlich und unbestritten bleiben. Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie haben viel zu dieser Unsicherheit in der jungen Generation beigetragen, und zwar durch Ihr Unvermögen und die von

Ihnen geweckten übertriebenen Erwartungen an die Reformfähigkeit unseres Staates. Deswegen ist es unsere gemeinsame Aufgabe, ganz besonders aber, wie es die Verfassungsordnung befiehlt, die der Bundesregierung selbst, einer beginnenden Legitimitätskrise unseres Staates den notwendigen Einhalt zu gebieten.

Zur inneren Sicherheit gehört die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit, Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit. Es muß endlich Schluß damit sein, daß man jeden Versuch, rechtsstaatliche Mittel zu nutzen und einzusetzen, polemisch als „law and order“-Politik abqualifiziert. Die Nagelprobe steht an einem Punkt bevor: Wir müssen jetzt endlich nach den Erfahrungen dieser letzten Wochen dazu kommen, mit der Novellierung des Beamtenrechtsrahmengesetzes überall in deutschen Ländern die Tür für den Eintritt von Neofaschisten oder Kommunisten, überhaupt Radikalen jeder Richtung in den öffentlichen Dienst zuzumachen. Es ist eine Schande für diesen Rechtsstaat, wenn in **einem** Bundesland eine kommunistische Agitatorin in den Schuldienst nicht aufgenommen wird, wenn sie gegen die Landesregierung prozessiert und verliert, wenn sie aber dann in einem **anderen** Bundesland unterrichten darf. Es muß Schluß damit sein, daß unsere Bürger immer häufiger erleben, daß sie bei einem Verkehrsvergehen sofort mit hohen Strafen und Gebühren bedroht sind, während andere Straftäter Rathäuser stürmen, Universitätsinstitute demolieren, Professoren und Lehrer tätlich angreifen, jedoch nur selten wirklich zur Rechenschaft gezogen werden.

Gerade weil das alles heute gesagt werden muß, glaube ich, daß es wichtig und notwendig ist, das Wort aufzunehmen, zu dem sich fast alle hier bekannt haben: die Verpflichtung der Demokraten zur Solidarität. CDU und CSU sind bereit, mit denen, die Verantwortung tragen, alle rechtsstaatlichen Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus auszuschöpfen. Wo bestehende Gesetze geändert werden müssen, werden wir im Bundestag und Bundesrat schnell handeln, damit die Bürger erkennen: Dies ist eine handlungsfähige Demokratie!

Aber innere Sicherheit erfordert mehr, als es den Sicherheitsorganen dieses Landes zu ermöglichen, mit Terroristen fertig zu werden. Wir brauchen die für jeden Rechtsstaat notwendige Gemeinsamkeit und Loyalität der Demokraten. Wir müssen die Wertvorstellungen unserer Verfassung, die wir zur Grundlage dieses Staates gemacht haben, überall durchsetzen: im wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Bereich. Das schließt blinde Polarisierung, jedes Freund/Feind-Denken als ein Mittel der deutschen Politik aus. Das schließt auch jedes Denken in Klassengegensätzen aus. Klassenkampf ist weder ein Mittel, die gesellschaftlichen Probleme zu analysieren, noch geeignet, irgendeine Lösung zu finden.

Die zentrale Aufgabe heißt Sicherung der Autorität und Entscheidungsfähigkeit des demokratischen Staates. Diejenigen von uns, die durch das Vertrauen ihrer Mitbürger auf Zeit in wichtige Ämter berufen sind, müssen kraftvoll und mutig handeln. Sie müssen diesen Staat und die Gesellschaft vor ihren Feinden schützen und gemeinsam die politischen Wertvorstellungen weiterentwickeln.

Alfred Dregger:

Wir brauchen die geistige Mobilisierung der Bürger

Herr Bundeskanzler, lassen Sie mich Ihrer Regierungserklärung zwei Aussagen anfügen. Die eine stammt vom Landesvorsitzenden Ihrer Partei in Schleswig-Holstein. Sie wurde abgegeben im Januar 1975 („Das da“): *„Bei den Anarchisten ist nur eines völlig klar. Das ist ihre sympathische Zielvorstellung. Sie wollen eine auf Recht und Freiheit gegründete Gesellschaft ohne Gewalt.“*

Das zweite Zitat ist entnommen einer einstimmig gefaßten Entschliebung der Bundesdelegierten-Konferenz der Deutschen Jungdemokraten. Sie wurde gefaßt nach der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann, nach der Entführung von Peter Lorenz: *„Auf den Wellen der gezielten Aufputschung schwimmt der sinnlose Vandalismus der ‚Ordnungs‘kräfte in Berlin“* — gemeint ist damit unsere Polizei —, *„die die Einrichtungen von Wohnheimen zerstören, wahllos in Wohnungen eindringen und ein Anwaltsbüro widerrechtlich durchsuchen“*.

Herr Bundeskanzler, wenn Sie diese beiden Aussagen — ich könnte Ihnen weitere in beliebiger Zahl hinzufügen — zusammenfassen, dann sagt das über die Sicherheitsproblematik unseres Landes mehr aus als Ihre ganze Regierungserklärung. Sie können in gut formulierten Regierungserklärungen aussagen, ankündigen und mitteilen, was Sie wollen, wenn es Ihnen und Herrn Kollegen Genscher nicht gelingt, Ihre Parteien in dieser Frage in all ihren Flügeln wieder auf klaren Kurs zu bringen, dann nutzen Ihre Regierungserklärungen absolut nichts, dann sind sie ungläubwürdig und deshalb wirkungslos.

Innere Sicherheit, das ist nicht nur eine Frage der Macht und ihres richtigen Einsatzes. Justiz und Sicherheitsorgane müssen getragen sein von der Solidarität der Demokraten — hier ist das Wort einmal am Platz — und von der Autorität des demokratischen Staates.

Die Bürger fragen uns, was kann denn Wirksames geschehen? Oder stimmt, was jetzt einige Leute predigen, im Ausland nämlich gäbe es das auch, also müsse es das auch bei uns geben. Dazu folgende Antwort:

- ① Unser Land ist eines der freiheitlichsten und sozial ausgeglichenesten der Welt. Das schließt jeden Vergleich der bei uns aufgetretenen Politikriminalität mit der anderer Länder aus.
- ② Unsere Politgangster sind nicht die Opfer der Not. Ihr Ausgangspunkt ist nicht die Arbeitswelt, die die meisten von ihnen nicht kennen. Ausgangspunkt sind nicht Werkshallen, sondern Hörsäle und Politzirkel.

③ Die Käseglocke, unter der sie gedeihen, setzte sich zusammen aus bürgerlicher Harmlosigkeit, snobistischem Sympathisantentum, regierungsamtlicher Verniedlichung, staatlich geduldeter oder gar verordneter Schmähung unseres Systems an Schulen und Hochschulen, nachlassender Abwehrbereitschaft demokratischer Parteien gegen linksextreme Einflüsse, hier und da festzustellender Verunsicherung der Sicherheitsorgane und der Justiz.

④ Einzelne Universitätsbereiche sind zu Brutstätten des Anarchismus geworden. Das was dort begonnen wurde, setzt sich nun an unseren Schulen fort, staatlich geduldet, teilweise sogar noch staatlich gefördert durch dazu passende Rahmenrichtlinien. Seien wir uns klar darüber, wer Staat und Gesetz, wer Recht und Moral in Frage stellt, wer an staatlichen Schulen unseren Staat und seine freiheitliche Ordnung diskreditieren läßt, der darf sich nicht wundern, wenn aus dem eines Tages blutiger Ernst wird. Nicht nur diejenigen, die die Waffe führen, sondern auch diejenigen, die ihnen geistig und politisch den Weg bereitet haben, tragen Verantwortung.

Wir brauchen ein politisches Gesamtkonzept zur offensiven Bekämpfung der Anarchisten und ihres geistigen Hintergrundes. Dazu gehört:

- die richtig verstandene Solidarität der Demokraten auf der Grundlage der Verfassung;
- die geistige Mobilisierung der Bürger;
- ein von den besten Sicherheitsexperten erstelltes Programm zur Zerschlagung der Politbanden.

Solidarität in diesem Sinne heißt nicht, die Regierung der Kritik zu entziehen und die Opposition funktionsunfähig zu machen. Sie können nicht behaupten: die Opposition sei keine Alternative. Leben wir eigentlich in einer Volksdemokratie oder in einer Demokratie? In einer Demokratie ist die Opposition die Alternative. Welche die bessere ist, die derzeitige Regierung oder die derzeitige Opposition, das haben allein die Wähler zu entscheiden.

Auf der Grundlage dieser Solidarität brauchen wir die geistige Mobilisierung der Bürger. Das erfordert die volle Information der Öffentlichkeit über das Ausmaß der Gefahr. Regierung und Koalition haben leider das Gegenteil getan. Jetzt muß Schluß sein mit der Verharmlosung der Gewalt, der Gewalttäter, ihrer Ziele und ihrer Praktiken. In einem freiheitlichen Rechtsstaat mit seiner Koalitionsfreiheit, seiner Parteienfreiheit, seiner Meinungsfreiheit, seiner sozialen Absicherung gibt es keine Rechtfertigung für Gewalt. Wer Gewalt anwendet, ist schon deshalb disqualifiziert, gleichgültig welche Ziele er verfolgt.

Wir können Sie daher nur auffordern: Sorgen Sie dafür, daß nicht Konflikt-Theorien, Haß und Klassenkampfparolen, sondern Toleranz, Rechtsbewußtsein und Staatsgesinnung die Erziehung unserer Jugend bestimmen.

Wir brauchen ein von den besten Sicherheitsexperten erstelltes Programm zur Zerschlagung der Politbanden. Wir Politiker können dazu nur den geistigen Hintergrund geben und den finanziellen Rahmen setzen.

Die „Doppelstrategie“ Schmidt/Brandt

In der Debatte zeigte sich die Rollenverteilung zwischen Schmidt und Brandt: Der Bundeskanzler gibt sich als Staatsmann, bietet möglichst wenig Angriffsflächen, streitet für Recht und Ordnung, sagt Zustimmungsfähiges. Der Parteivorsitzende aber greift zur Keule.“ (Rheinische Post, 14. März 1975)

Willy Brandt in der von der Gewerkschaft Polizei herausgegebenen Jugendzeitschrift „Contact“ im Februar 1975: *„Hier wird Angstpropaganda betrieben, die das kriminelle Verhalten einer kleinen Gruppe zur ersten Bedrohung für den Staat hochstilisiert. Ich meine: Solche kalkulierte Hysterie kann für unser Land folgenschwerer sein als die zeitweiligen Umtriebe einiger politischer Nihilisten.“*

In der Sicherheitsdebatte des Bundestages am 13. März 1975:

„Verbale Kraftakte, wie die Forderung Ihres Fraktionsvorsitzenden, mit der Verharmlosung der Gewalt und des Terrors müsse Schluß gemacht werden, verwirren nur die Begriffe, und sachlich bewirken sie gar nichts.“

Bundeskanzler Schmidt in der Sicherheitsdebatte des Bundestages am 13. März 1975: *„Es ist ein Fehler gewesen, daß die Haftbedingungen der Baader-Meinhof-Häftlinge von den für diese Haftanstalten zuständigen Behörden nicht rechtzeitig und nicht so umfassend der Öffentlichkeit dargestellt wurden, wie sie doch wirklich unseren Gesetzen entsprechen.“*

„Es ist wahr, daß in unserem Lande seit den Tagen der sogenannten APO manches verharmlost oder bagatellisiert worden ist, was nicht hätte bagatellisiert werden sollen, manches nämlich, was über die Grenzen des in allen Demokratien notwendigerweise erlaubten Protestes hinausgeht.“

Sind das Meinungsverschiedenheiten zwischen Schmidt und Brandt — oder zeigt sich darin erneut eine zwischen Kanzler und Parteichef sorgfältig abgesprochene, verwerfliche „Doppelstrategie“ der Sozialdemokraten? Karl Carstens stellte hierzu in der Debatte u. a. fest:

Der Bundeskanzler warnt davor, den politischen Terror zu verharmlosen.

Der Herr Brandt tadelt mich, weil ich vor einigen Tagen dasselbe gesagt habe.

Der Bundeskanzler erklärt, die Ausschreitungen von 1968/69/70 hätte der Staat nicht hinnehmen dürfen.

Der Herr Brandt stellt sich hier hin und wirbt wieder — auch heute wieder — um Verständnis für diejenigen, die die Ausschreitungen begangen haben. Er spricht davon, unser Staat sei in der Gefahr gewesen, in spießhaftem Mief zu ersticken.

Sehen Sie, das sind die zweideutigen Formulierungen des Herrn Brandt, mit deren Hilfe er das Kunststück fertigzubringen versucht, einerseits den linken Flügel seiner eigenen Partei bei der Stange zu halten, andererseits dieser ganzen Partei noch ein einigermaßen respektables Aussehen zu geben.“

Chronik des Terrors

- 2. April 1968** In zwei Frankfurter Kaufhäusern brechen Brände aus.
- 4. November 1968** Brandanschlag auf den Sitz des Berliner Innensenators.
- 19. Dezember 1968** Anschlag auf das Berliner FU-Rektorat.
- 9. März 1969** Großer Sachschaden in der J.-F.-Kennedy-Gedenkbibliothek in Berlin.
- 28. November 1969** Anschlag auf den Berliner Landgerichtsdirektor Heinsen.
- 29. November 1969** Versuchter Anschlag auf den Berliner Oberstaatsanwalt Severin.
- 26. Januar 1970** Anschlag auf das Auto des Leiters der Berliner Strafanstalt Tegel, Glaubrecht.
- 28. Januar 1970** Anschlag auf die Wohnung des Berliner Strafvollzugspräsidenten Schmiedeke.
- 14. Mai 1970** Andreas Baader wird gewaltsam in Berlin-Dahlem befreit, wo er mit Ulrike Meinhof zusammengetroffen war. Bei einem Feuergefecht wird ein Instituts-Angestellter schwer verletzt.
- 7. Juni 1970** Einbruch in das Bürgermeisteramt Kamp-Lintfort. Der dortige Bürgermeister ist der Vater von Brigitte Asdonk, die der Baader-Meinhof-Gruppe angehört.
- 29. September 1970** Innerhalb kurzer Zeit werden in Berlin drei Banküberfälle verübt; dabei werden über 220 000 Mark erbeutet. Die Polizei ermittelt als Täter Baader-Meinhof-Leute.
- 15. Januar 1971** Zwei Banküberfälle in Kassel; Beute 110 000 Mark; Täter: Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe.
- 22. Dezember 1971** In Kaiserslautern werden beim Überfall auf eine Bank 130 000 Mark erbeutet; ein Polizist wird dabei getötet. Als einer der Täter wird Manfred Grashof identifiziert.
- 4. Februar 1972** Auf den britischen Yachtclub Berlin-Gatow wird ein Bombenanschlag verübt; ein Bootsbauer wird getötet. Als Täter meldet sich die „Bewegung 2. Juni“.
- 2. März 1972** In Hamburg werden nach einem Schußwechsel Manfred Grashof und Wolfgang Grundmann verhaftet. Zehn Tage später stirbt ein Polizist an seinen dabei erlittenen Verletzungen.

- 11. Mai 1972** Bombenanschlag auf das amerikanische Hauptquartier in Frankfurt; ein Toter.
- 12. Mai 1972** Anschläge auf das Augsburger Polizeipräsidium und das Landeskriminalamt in München. 100 000 Mark Sachschaden.
- 15. Mai 1972** In Karlsruhe explodiert unter dem Auto des Bundesrichters Buddenberg (er führt Ermittlungen gegen die Baader-Meinhof-Gruppe) eine Bombe; seine Frau wird verletzt.
- 19. Mai 1972** 17 Menschen werden bei einem Anschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg verletzt. Als Täter meldet sich die „Bewegung 2. Juni“.
- 24. Mai 1972** Anschläge auf das Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg. Drei Soldaten werden getötet.
- 17. Oktober 1973** Anschlag auf die Untersuchungshaftanstalt Berlin-Moabit.
- 27. Januar 1974** Brandanschlag auf das Auto des Frankfurter Staatsanwaltes Schomberg, der Kapitalverbrechen bearbeitet.
- 7. Februar 1974** Mißglückter Anschlag auf den mit Kapitalverbrechen befaßten Hagener Staatsanwalt Tonscheid.
- 19. April 1974** Brandanschlag auf die hannoversche Staatsanwältin Socher vereitelt, die mit Abtreibungsverfahren befaßt war.
- 4. Juni 1974** Im Berliner Grunewald wird Ulrich Schmücker ermordet aufgefunden. Er gehörte vermutlich der „Bewegung 2. Juni“ an. Er soll vor der Polizei gegen die Mitglieder ausgesagt und sie belastet haben.
- 4. Oktober 1974** Hamburg: Justizsenator Klug entgeht knapp einem Sprengstoffanschlag. In der Nacht zuvor Brandanschlag auf das Auto des Hamburger Gefängnisarztes Mairose.
- 26. Oktober 1974** Anschläge auf drei Berliner Gerichtsgebäude, einige Tage zuvor Anschlag auf Justizsenator Korber.
- 10. November 1974** Günter von Drenkmann, Berliner Kammergerichtspräsident und höchster Richter der Stadt, wird in seiner Wohnung ermordet; die Polizei vermutet, daß er entführt werden sollte.
- 20. November 1974** Bombenanschlag auf das Haus des Baader-Meinhof-Richters Ziegler im Kreis Harburg.
- 27. Februar 1975** Der Berliner CDU-Vorsitzende Peter Lorenz wird von Mitgliedern der „Bewegung 2. Juni“ entführt.